#SOZIALPOLITIK 31. Januar 2025

Keine Strafen fürs Kranksein!

Die EVG lehnt die Wiedereinführung des Karenztages entschieden ab und warnt vor den Folgen: Mehr Menschen würden krank zur Arbeit gehen. Das verursacht gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden. Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist ein erkämpftes Recht, das nicht aufgeweicht werden darf. Statt Druck auf Beschäftigte braucht es bessere Arbeitsbedingungen und einen stärkeren sozialen Schutz!

Die Forderung nach einer Wiedereinführung des Karenztags von Allianz-Chef Oliver Bäte schlägt hohe Wellen. Ginge es nach Bäte, müssen Arbeitnehmer:innen ihren ersten Krankheitstag künftig wieder selbst bezahlen, um so die Kosten im Gesundheitssystem zu senken. Die EVG lehnt den Vorschlag ab. Cosima Ingenschay, stellvertretende EVG-Vorsitzende, erklärt dazu: „Niemand braucht aktuell Vorschläge, die noch mehr Beschäftigte dazu bringen, krank zu arbeiten. Die Gewerkschaften haben die Abschaffung des Karenztags und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

erkämpft, wir lassen uns diese nicht wieder wegnehmen. Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist ein soziales Schutzrecht, das ab dem ersten Krankheitstag gilt“.

Präsentismus, also krank bei der Arbeit zu erscheinen, ist branchenübergreifend weitverbreitet. Dies schadet nicht nur der eigenen Gesundheit, sondern führt auch zur Ansteckung von Kolleg:innen. Die wirtschaftlichen Folgekosten sind etwa doppelt so hoch wie die Kosten krankheitsbedingter Fehlzeiten. Die EVG fordert stattdessen eine Stärkung des sozialen Schutzes und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, um langfristig Krankheitsausfälle zu reduzieren.

„Solche Maßnahmen bestrafen die Kolleg:innen dafür, dass sie krank sind, und verschärfen die ohnehin hohe Belastung in vielen Betrieben“, so Ingenschay. „Lohnabhängig Beschäftigte, haben oft keinen finanziellen Spielraum, um Einkommensverluste aufzufangen. Für sie bedeuten solche Vorschläge eine existenzielle Bedrohung, da sie unter dem Druck stehen, selbst krank zur Arbeit zu gehen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Statt Druck auf Arbeitnehmer:innen auszuüben, müssen die Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen und für bessere Arbeitsbedingungen sorgen“.